PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr. 30 | 15. Februar 1965 | Einzelpreis S 3,-

Der 12. Februar 1934, der Weg zum Sozialismus und der US-Überfall auf VIETNAM

Auszug aus einer Rede des Genossen Franz Strobl zum 31. Jahrestag des 12. Februar 1934

In der Geschichte der Klassen und Völker gibt es Daten, die erfüllt sind von Ereignissen wahrhaft historischer Tragweite, Tage, die den Inhalt ganzer Epochen zusammenfassen und die weitere Entwicklung auf Jahre und Jahrzehnte hinaus bestimmen. Alles, was sich in der Vergangenheit vorbereitet, angesammelt und entwickelt hat, wird in solchen Konzentrationspunkten der Geschichte geprüft und gewogen, zusammengezählt und zu einer Bilanz gebracht. Der 12. Februar 1934 war einer dieser großen Bilanzmomente, einer der entscheidenden Brennpunkte in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung überhaupt. Weder die Tatsache der Kämpfe der österreichischen Arbeiter in den Febertagen 1934, noch ihre blutige Niederschlagung waren ein Ergebnis irgendeiner "unglückseligen Verkettung von Umständen" oder sogenannter "tragischer Mißverständnisse, sondern beides war die unvermeidliche Konsequenz, die logische Zusammenfassung, das historische Fazit der ganzen vorhergegangenen Entwicklung. So ist es auch verständlich, wenn die Erinnerung an die Februarkämpfe die Zeiten überdauert, das Denken der Arbeiterbewegung immer wieder zu diesem Datum zurückkehrt und wir auch nach mehr als 30 Jahren versuchen, aus den Februarkämpfen die richtigen Lehren und Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Grunde gibt es keine einzige wesentliche Erfahrung und Erkenntnis der österreichischen Arbeiterbewegung, die sich nicht gerade im Februar 1934 besonders deutlich bemerkbar gemacht hätte, sodaß man eigentlich alle Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus an Hand der Februarkämpfe von 1934 darstellen und illustrieren könnte. Wir werden hier natürlich nicht so weit ausgreifen

Aus dem Inhalt:

Seite

4 Seiten Bildbericht zum 12. Februar 1934

Stimmen und Kommentare zu VIETNAM

17 Lektion in bürgerlicher Demokratie

20 Zensoren am Werk

21 Aus dem Parteileben

und uns vornehmlich auf drei Lehren des 12. Februar 1934 beschränken, die mir gerade in der heutigen Zeit von überragender Bedeutung und größer Aktualität scheinen - in Österreich, aber auch in internationaler Beziehung.

DAS ENTSCHEIDENDE HINDERNIS AUF DEM WEG ZUM SOZIALISMUS

Wir alle wissen, daß der 12. Februar 1934 kein Versuch einer proletarischen Revolution war, sondern daß es um viel näherliegende Ziele ging: um die Verteidigung der politischen und sozialen Errungenschaften der österreichischen Arbeiterbewegung gegen Reaktion und Faschismus, um die Rettung unseres Landes vor dem Zugriff Hitler-Deutschlands und damit auch um einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen den drohenden Zweiten Weltkrieg. Trotz dieser viel begrenzteren Zielsetzung war der 12. Februar ein bewaffneter Zusammenstoß der österreichischen Arbeiter mit dem bürgerlichen Staatsapparat, die größte bewaffnete Auseinandersetzung, die es in der bisherigen Geschichte unseres Landes zwischen der revolutionären Arbeiterbewegung und dem Machtapparat der Bourgeoisie gegeben hat. Die ersten und wesentlichsten Lehren des 12. Februar 1934 beziehen sich daher auf die Bedeutung, den Zweck und die Rolle des Staatsapparats in der bürgerlichen Demokratie bzw. in der kapitalistischen "Ordnung" überhaupt.

Jahre- und jahrzehntelang hatten die Führer der österreichischen Sozialdemokratie die zentrale Bedeutung des Problems des bürgerlichen Staatsapparats für alle Projekte des Weges zum Sozialismus ignoriert, jahrzehntelang hatten sie die österreichischen Arbeiter im Sinne der Unterschätzung, Verniedlichung und Beschönigung der Rolle und Bedeutung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ihrer einzelnen Organe wie Heer, Polizei, Gendarmerie, Justiz usw. erzogen. Mit dem Argument, daß die Revolution noch ferne sei bzw. sich in dem hochentwickelten Österreich natürlich nicht in so "primitiven" Formen vollziehen werde wie in Rußland, lenkten sie das Hauptaugenmerk der Massen auf die Kleinarbeit und die Tagesfragen, wie die Gewinnung neuer Mitglieder und Wähler, auf Wahlerfolge und Parlamentsmandate, auf die sogenannten "positiven" Leistungen des "Sozialismus", die Gemeindebauten, Kinderplanschbecken, sozialen Errungenschaften usw. Auf diesem Wege der Wahlschlachten und Parlamentsreden, der Leistungen des "roten Wien" und der praktischen Reformen versprachen sie, die Arbeiterklasse langsam, aber sicher, "friedlich" und "demokratisch" zum Sozialismus zu führen.

Der 12. Februar 1934 bewies, was von diesen Verheißungen zu halten war. Mit der Überzeugungskraft, die Maschinengewehren und Kanonen eigen ist, demonstrierten die Februar-Ereignisse die revolutionäre Binsenweisheit, daß die Arbeiterbewegung auf ihrem Weg früher oder später mit der Macht zusammenstößt, die nicht nur über den gesicherten Bestand der kapitalistischen Ordnung im allgemeinen wacht, sondern im besonderen auch den Rahmen festlegt, in dem sich die Arbeiterbewegung gemäß den Interessen und Notwendigkeiten der bürgerlichen Klassenherrschaft bewegen darf. Der 12. Februar zeigte, daß es nichteinmal im Kampf um Ziele, die innerhalb der bürgerlichen Ordnung liegen, immer möglich ist, den bewaffneten Zusammenstoß der kämpfenden Arbeiterbewegung mit dem bürgerlichen Staatsapparat zu vermeiden, daß es darum schon ganz und gar unwahrscheinlich ist, die kapitalistische Ordnung überhaupt stürzen, also von der bürgerlichen zur proletarischen Herrschaft vorstoßen zu können, ohne mit dem bestehenden Staatsapparat zusammenzuprallen und schließlich jene entscheidende Auseinandersetzung mit ihm zu führen, bei der Gewalt gegen Gewalt steht und deren Ergebnis nur Sieg oder Niederlage sein kann. Allem Gerede vom "friedlichen Weg" zum Trotz existiert in allen bürgerlichen Staaten eine Reihe von Organisationen und Formationen, die sich auf so unfriedliche Mittel wie Bajonette und Kanonen, Gummiknüttel und Gefängnisse stützen und diese Mittel nicht zu Repräsentationszwecken, sondern vor allem dazu haben, sie im Bedarfsfalle auch anzuwenden. Diese bewaffneten Formationen, die den Kern des bürgerlichen Staatsapparats bilden, kann man mit keinerlei Taktiken und Reformen, mit keinem Gemeindebau und keinem Wahlsieg beiseiteschaffen und überrunden, sondern sie muß man - wie Marx sagte - "zerschlagen", "zerbrechen", wenn man wirklich zum Sozialismus kommen, wenn man ernst-

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN !

Die Betriebsräte aller im Zentralbetriebsrat der ÖMV vertretenen Fraktionen ebenso wie der Bundeskanzler und der Finanzminister, alle Zeitungen von der "Volksstimme" bis zur großkapitalistischen "Presse" - sie alle miteinander sind mit der vom Koalitionsausschuß beschlossenen Vereinbarung über die Gesellschaften MARTHA und ÖROP zufrieden.

Sie nennen es einen Triumph geschickter Verhandlungstechnik, ein Schulbeispiel erfolgreicher "Mitbestimmung" der Arbeiter. In Wahrheit aber ist es

ein Ergebnis der alten Packelei,

die auch durch noch so schöne Namen nicht besser wird. Denn für uns Erdölarbeiter und für das ganze österreichische Volk gibt es nicht den geringsten Grund zur Zufriedenheit!

Der Kampf, den wir Erdölarbeiter mit aller Entschlossenheit bis zum vollen, uneingeschränkten Erfolg zu führen bereit waren, hatte zur Sicherung unserer Arbeitsplätze und der Unabhängigkeit unserer Erdölwirtschaft zwei Ziele:

Die Abwehr des Griffes des Auslandskapitals nach weiteren Teilen der österreichischen Erdölwirtschaft.

Die Vereitelung der Reprivatisierungspläne der ÖVP und der hinter ihr stehenden Kapitalskreise.

DESHALB FORDERTEN WIR:

100 %ige Eingliederung von ÖROP und MARTHA in die ÖMV als Grundlage eines eigenen, leistungsfähigen Vertriebsapparates.

Keinerlei - auch keine teilweise - Reprivatisierung eines dieser Unternehmungen.

Der jetzt von allen Seiten als "Erfolg" angepriesene Beschluß sieht aber vor:

"Zwischen den verstaatlichten Unternehmen ÖMV und MARTHA wird jene gesellschaftliche Form begründet, die den besten wirtschaftlichen Erfolg für die Unternehmungen sichert."

"Das Finanzministerium wird ermächtigt, 74 % der Aktien der ÖROP um 200 Millionen Schilling an die ÖMV und die restlichen 26 % als stimmrechtlose, auf Namen lautende Vorzugsaktien an österreichische Staatsbürger zu verkaufen."

DIESE VEREINBARUNG ENTHÄLT KEIN WORT ÜBER DIE VON DEN ARBEITERN BIS ZULETZT ERHOBENE, NIE AUFGEGEBENE HAUPTFORDERUNG, ÖROP UND MARTHA VOLLSTÄNDIG IN DIE ÖMV EINZUGLIEDERN ! Sie läßt wohl vertragliche Zusammenarbeit in irgendwelchen entweder noch nicht festgelegten oder aus gewissen Gründen noch geheimgehaltenen Formen zu. Aber was ändert sich damit schon an dem bestehenden unbefriedigenden Zustand ? Die Erdölarbeiter wollten, daß ÖROP und MARTHA vollständig in die ÖMV eingegliedert werden, um ihr so die Grundlage für den Aufbau eines eigenen Verteilerapparats zur Absetzung der gesamten steigerungsfähigen Produktion der ÖMV zu schaffen. Die jetzt getroffene Regelung schließt aber jede Entwicklungsmöglichkeit in dieser Richtung aus !

Aber das ist leider noch nicht alles!

ERSTMALIG ERFOLGTE DIE REPRIVATISIERUNG EINES TEILES DER STAATLICH VERWALTETEN ERDÖLWIRTSCHAFT! Damit wurde für die Reprivatisierungspläne der ÖVP - die als nächstes Opfer die SGP (Simmering-Graz-Pauker) ausersehen hat - ein Präzedenzfall geschaffen!

Und für diesen faulen Handel hat der Finanzminister noch bedeutend mehr einkassiert, als er selbst ursprünglich gefordert hatte! Vorher hatte er für die ganze ÖROP 200 Millionen Schilling verlangt. Jetzt muß die ÖMV denselben Betrag für nur 74 % der ÖROP bezahlen, während der Finanzminister zusätzliche 60-70 Millionen für die 26 % der ÖROP-Aktien kassiert, die er an das Privatkapital verschachert. Und das

soll ein "Erfolg" sein ? Ein Erfolg für wen ? Für den Finanzminister und für die hinter ihm stehenden Kreise, nicht aber für die Arbeiterschaft und das österreichische Volk.

Niemand wird verhindern können, daß die 26 % als "Vorzugsaktien" an das Privatkapital verkauften Anteile sich nach einigen Jahren in ganz wenigen, vor allem in ausländischen Händen befinden werden, das sich schon oft österreichischer Strohmänner bedient hat, um gewisse Klauseln zu umgehen. Die bisherigen Erfahrungen mit den sogenannten "Volksaktien" beweisen, daß sie in Kürze in den Tresoren des Großkapitals, vornehmlich des ausländischen, landen.

So kann das Großkapital die teilweise Reprivatisierung der ÖROP mit Recht als seinen Teilerfolg buchen.

Mehr noch: Während der Bundeskanzler hervorhob, wie die österreichischen Eigentumsrechte auf dem Erdölsektor angeblich "gewahrt" worden seien, wird

DAS BURGENLÄNDISCHE ERDÖL IMMER NOCH FÜR DAS AMERIKANISCHE KAPITAL BEREITGEHALTEN !

Andernfalls würde man sich nicht so wehren, dieses Hoffnungsgebiet der ÖMV zu überlassen.

Einerseits Reprivatisierung staatlichen oder staatlich verwalteten Eigentums - andererseits Ausverkauf an das Auslandskapital (wie in Oberösterreich, Vorarlberg und Steiermark schon geschehen und jetzt im Burgenland geplant) : So arbeitet das österreichische Kapital mit dem ausländischen Hand in Hand!

SOLL UND DARF DAS SO WEITERGEHEN ?

Wenn der Ausverkauf des österreichischen Erdöls und die Reprivatisierung der staatlichen Erdölwirtschaft unseres Landes verhindert werden sollen, muß das "WIENER MEMORANDUM", der von den Westmächten erpreßte Geheimvertrag, der im österreichischen Parlament nie behandelt und ratifiziert wurde, als ungültig erklärt werden.

Alle Betriebsräte, denen es mit der Verteidigung des österreichischen Eigentums und der verstaatlichten Erdölwirtschaft ernst ist und die sich nicht an den dunklen Machinationen, die hier betrieben werden, mitschuldig machen wollen, müssen von ihren Parteiführungen als erste Maßnahme zur Erreichung der uneingeschränkten Verfügungsgewalt über unser Erdöl die Veröffentlichung des "Wiener Memorandums" in seinem vollen Text verlangen. Die Bekanntgabe einiger belangloser Sätze, die den entscheidenden Inhalt des Memorandums verschweigen, ändert nicht das geringste an der Notwendigkeit und Berechtigung dieser Forderung.

Kolleginnen und Kollegen!

ERHEBT EURE STIMME UND MACHT KLAR, DASS DAS ABKOMMEN ÜBER ÖROP UND MARTHA, das nur für die Reprivatisierer ein Erfolg ist, EUREN FORDERUNGEN IN KEINER WEISE GENÜGT !

SAGT DEN BETRIEBSRÄTEN OFFEN EURE MEINUNG DAZU !

LASST EUCH DEN WEITEREN KAMPF BIS ZUM VOLLEN ERFOLG NICHT DURCH EIN FAULES KOMPROMISS ABKAUFEN !

BESTEHT AUF DIE RESTLOSE EINGLIEDERUNG DER ÖROP UND DER MARTHA IN DIE ÖMV !

VERLANGT VOLLE VERÖFFENTLICHUNG DES "WIENER MEMORANDUMS" !

KEINEN FUSSBREIT BODEN, KEINE EINZIGE AKTIE DEN REPRIVATISIERERN !

Kampfgemeinschaft
marxistisch-leninistischer Erdölarbeiter

Eigentümer, Herausgeber Verleger und Verantwortlicher: Alfred Jocha, Betriebsrat der ÖMV, Wien 20., Dresdnerstr. 48/4
Druck: "Rote Fahne", Wien 15., Goldschlagstraße 30/33

lich verhindern will, daß eines Tages sie die Arbeiterbewegung zerbrechen und zerschlagen.

Auch in den "friedlichen" Zeiten bürgerlich-demokratischer Entwicklung, auch in den Zeiten, da tatsächlich die Kleinarbeit, die organisatorischen und agitatorischen Fragen im Vordergrund stehen, muß man den Arbeitern dieses Grundproblem des Weges zum Sozialismus klarmachen, muß man sie gerade deshalb immer wieder darüber aufklären, weil in solchen Zeiten der äußere Schein über die wahren Zusammenhänge hinwegtäuscht und die heuchlerische bürgerliche Darstellung von der Polizei als "Freund und Helfer", von "Recht und Gesetz", vom Bundesheer als einem "Schild des Vaterlandes" usw. auf günstigen Boden fällt. Die Führer der österreichischen Sozialdemokratie haben das nicht getan, ihr völliger Bruch mit dem Marxismus kam insbesondere in der Unterschätzung und Leugnung der Wahrheit zum Ausdruck, daß der bürgerliche Staatsapparat eine Maschine zur gewaltsamen Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung, zur notfalls bewaffneten Durchsetzung des Willens der Bourgeoisie ist. Sie haben die österreichischen Arbeiter damit nicht nur irregeführt, sondern trotz Bestehen eines Schutzbundes moralisch, ideologisch und materiell entwaffnet. Sie haben so zwar nicht die schließliche bewaffnete Auseinandersetzung, wohl aber den Sieg der Arbeiter in dieser Auseinandersetzung verhindert.

Eine der vielen Methoden, welche die Sozialdemokratie bei der Bagatellisierung des Problems des bürgerlichen Staatsapparats anwandten, war der Hinweis auf den großen Einfluß, den die Partei innerhalb des Staatsapparates hatte, teils durch ihre Positionen in der Verwaltung, in der Polizei, im Heer usw., teils direkt auf tausende Angehörige dieser bewaffneten Formationen. Tatsächlich ist ein solcher Einfluß der Arbeiterbewegung auf Teile oder Angehörige des bürgerlichen Staatsapparats natürlich ein wichtiger Faktor, aber solange es sich nicht um ausgesprochene Zersetzungs- und Auflösungserscheinungen handelt, ändert dieser Einfluß nicht das geringste daran, daß der Staatsapparat im entscheidenden Moment gegen die Arbeiter funktionieren wird!

Mehr als 60 Prozent der Wiener Polizeibeamten waren im Jahre 1927 Mitglieder sozialdemokratischer Massenorganisationen - und dennoch haben sie am 15. Juli den Befehl befolgt, in die Arbeiter zu schießen, wobei 90 Arbeiter ermordet wurden. Wieso? Weil diese Polizisten Verräter, Arbeiterfeinde oder Faschisten waren ? Nein, sondern weil sie Glieder einer straffen Organisation waren, weil sie eingefangen und eingesponnen waren in einen großen Mechanismus, der sich auf Disziplin, Subordination und auf seine eigenen, bürgerlichen Moralbegriffe stützt, und weil der Staatsapparat auch eine Maschine der Gewalt und des Zwanges gegenüber denen ist, die seine personelle Basis bilden. Mancher der Anwesenden hat es vielleicht selbst erlebt, wie im 2. Weltkrieg nicht wenige Menschen, die jahrelang aktiv in der Arbeiterbewegung tätig gewesen waren, oft sogar Sympathien zur Sowjetunion hatten, plötzlich recht brauchbare Soldaten Hitlers waren. Das war möglich, weil Sympathien eben nicht genügen, weil es tausend Mittel und Methoden gibt, gerade die Angehörigen der bewaffneten staatlichen Formationen gegen jene

KLEINER UNTERSCHIED

In dem am 24. Jänner im österreichischen Fernsehen übertragenen "Südtirolgespräch" hatte der sozialistische Außenminister Kreisky den Geschmack, zwischen den Februarkämpfern von 1934 und den heutigen Südtirol-Terroristen eine Parallele zu ziehen und diesen Terroristen die Aussichtslosigkeit eines "gewaltsamen Kampfes" am Beispiel der Februarhelden zu demonstrieren.

Der "kleine Unterschied" zwischen faschistischen Terrorakten einer Handvoll fragwürdiger Existenzen und dem antifaschistischen Heldenkampf der revolutionären Arbeiter scheint dem "sozialistischen" Außenminister Österreichs entgangen zu sein.

aufzuhetzen, die man bekriegen will und weil es einer großen persönlichen Kraft und Opferfähigkeit bedarf, sich den Befehlen zu widersetzen. Es wäre völlig lächerlich zu glauben, daß es zum Beispiel im Falle einer ernsten Zuspitzung der Klassenkämpfe im heutigen Österreich nicht nach einer kurzen "Gewöhnungszeit" gelingen würde, die Polizei, die bisher "nur" Gummiknüttel gebraucht hat, auch zur Anwendung von Schußwaffen zu bringen bzw. das Bundesheer, das schon bei den Olah-Demonstrationen in "Alarmbereitschaft" versetzt wurde, gegen revolutionäre Arbeiter aufzubieten.

Nebenbei bemerkt: Das Problem des Staatsapparats ist nicht nur im Kapitalismus ein Angelpunkt aller Politik, sondern ist auch ein Zentralproblem beim Aufbau des Sozialismus. So wie man sich am bürgerlichen Staatsapparat vorbei nicht in den Sozialismus hineinschwindeln kann, so kann man auch den Sozialismus ohne starken proletarischen Staat, ohne einen wohlorganisierten und konsequent funktionierenden Staat der Diktatur des Proletariats nicht zum Kommunismus vorwärtsentwickeln, ja nicht einmal die Möglichkeit eines Rückfalls in kapitalistische Gesellschaftsformen ausschließen (Jugoslawien!). In diesem Sinne sind die revisionistischen Thesen des "friedlichen Wegs" vom Kapitalismus zum Sozialismus, die heute in einigen kapitalistischen Ländern verbreitet werden, und die Theorie vom "Staat des ganzen Volkes", die man derzeit in der Sowjetunion propagiert, bloß zwei Seiten derselben Medaille, zwei eng miteinander verbundene Erscheinungsformen der Leugnung der marxistisch-leninistischen Staatstheorie. Schon bei den alten, den "klassischen" Revisionisten war die Theorie des "friedlichen Weges" mit der Leugnung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und den Phrasen vom "Volksstaat" verbunden. Was diesbezüglich heute die modernen Revisionisten erzählen, ist nichts als ein Neuaufguß der alten sozialdemokratischen Illusionen, die am 12. Februar mit Kanonen zerschossen wurden und die eines Tages, falls sich die Arbeiterbewegung dadurch irreführen läßt, wieder unweigerlich an den harten Tatsachen des Lebens zerschellen und die Arbeiter in eine Niederlage führen würden.



GENDARMERIEKORPS — 118 JAHRE LANG BEWÄHRT

Photo: „Die Presse"/Archiv

Aus der Armee der alten Monarchie hervorgegangen, hat die Gendarmerie durch mehr als hundert Jahre stets den Beweis erbracht, daß sie ihren Aufgaben gewachsen war, im Dienst der Ordnung und der Justiz die Sicherheit und Ruhe aufrechtzuerhalten. Aber auch in schweren Zeiten staatlicher Ohnmacht hat sich dieses Korps bewährt.

Aus der großbürgerlichen "Presse" vom 17.2.1965

POLITIK DER "KLEINEN ZUGESTÄNDNISSE" - WEG ZUR GROSSEN KATASTROPHE

Wenden wir uns einer zweiten Seite der Lehren des 12. Februar 1934 zu: Man könnte sie folgendermaßen formulieren: Die Politik des Zurückweichens vor dem Klassengegner, der Zugeständnisse und des Nachgebens ihm gegenüber führt unvermeidlich zur Katastrophe! Eine solche Politik der Kapitulationen und faulen Kompromisse fordert schließlich eben das heraus, was unter allen Umständen verhindern zu wollen sie vorgibt.

1918, unmittelbar nach dem Ende des 1. Weltkriegs, bestand in Österreich bekanntlich die außergewöhnlich günstige Möglichkeit, auf raschem Wege, ja sogar ohne wesentliche bewaffnete Auseinandersetzungen, eine Arbeitermacht zu errichten und den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen. Diese Möglichkeit bestand, weil der alte bürgerliche Staatsapparat nach der Niederlage der Monarchie im Weltkrieg ohnmächtig, desorganisiert, ja zum größten Teil aufgelöst war, während andererseits die Massen der Arbeiter und Bauern revolutioniert und bewaffnet waren. Zitternd vor der Revolution hatte sich die Bourgeoisie verkrochen und wagte kaum, sich an einer Regierung zu beteiligen, weil sie fürchten mußte, eine solche Karriere im Kerker oder an einer Laterne zu beenden. Das einzige, was 1918/1919 fehlte, war eine starke revolutionäre Partei, die die Massen führen konnte. Weil sie fehlte, nützten auch alle Waffen in den Händen des Volkes nichts und die einmalige Chance dieser Jahre ging ungenützt vorüber. Als die Bourgeoisie erkannte, daß sie Aussichten hatte, wieder die Zügel in die Hand nehmen zu können, wandte sie ihr Augenmerk vor allem der Schaffung eines neuen Staatsapparats zu. Mochte er vorübergehend auch an der Basis sehr eng mit dem Volk verbunden und von wirklich demokratischen und fortschrittlichen Elementen durchsetzt sein - Hauptsache waren die Kommandopositionen. Hatten dort genügend alte "erfahrene" Kader, die alten reaktionären "Fachleute" Einfluß, so würde sich alles andere im Lauf der Zeit regeln lassen. So war es dann auch.

Die sozialdemokratischen Führer bezeichneten damals ihre "Zusammenarbeit" mit der Bourgeoisie als die Zusammenarbeit von Schäferhund und Schafen: die Bourgeoisie war angeblich unter fester Kontrolle, die gegebenen "Kräfteverhältnisse" schufen angeblich einen Rahmen, aus dem sie nicht ausbrechen konnte, Zugeständnisse an die Bourgeoisie erschienen daher angesichts der "Überlegenheit" der Arbeiterklasse als vorübergehend und ungefährlich. 1920 strafte die österreichische Bourgeoisie diese simple Vorstellung in alarmierender Weise Lügen: sie bedankte sich für die vielen Zugeständnisse, die ihr die SP-Führer gemacht hatten, damit, daß sie jene aus der Regierung vertrieb und allein zu regieren begann. In raschem Tempo wandelte sich nun auch die Situation im Staatsapparat. Während er selbst immer besser und reibungsloser als bürgerlich-kapitalistischer Staatsapparat zu "funktionieren" begann, entstanden neben ihm in den Heimweh-

"UMWERTUNG DER WERTE"

"In dieser Auseinandersetzung (US-Bombenangriffe auf Nordvietnam) ist, dem historischen Ursprung zufolge, das formale <u>Recht eindeutig auf seiten des Westens</u>; es beinhaltet... auch das Recht auf Angriffe gegen nordvietnamesisches Territorium.."

Das Zentralorgan der SPÖ am 9.2.1965

"Premierminister Wilson hat die britische Öffentlichkeit wissen lassen, daß er telefonisch die Lage in Vietnam mit Präsident Johnson besprochen und ihm versichert hat, daß <u>die amerikanischen Gegenschläge</u> gegen die Vietcong <u>die Unterstützung Londons finden</u>.."

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 13.2. zur Haltung der Labour-Regierung

"In einigen sozialdemokratischen Parteien vollzieht sich in verschiedenem Maße und in verschiedenen Formen ein gesunder Prozeß der 'Umwertung der Werte'. Dies ist zum Beispiel... in der Labour-Party Englands zu verzeichnen... Dies eröffnet neue Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten."

Die "Prawda" laut "Volksstimme" v. 9.2.

ren zusätzliche bewaffnete Hilfsformationen der Bourgeoisie, die immer frechere Vorstöße gegen die Arbeiterbewegung unternahmen. Die Zwanzigerjahre sind erfüllt von diesen Provokationen, voll von bewaffneten Überfällen der Garden den Bourgeoisie gegen Arbeiterorganisationen, Arbeiterveranstaltungen und einzelne Arbeiterfunktionäre. Dem Mord am sozialdemokratischen Betriebsrat Birnecker folgte der Mord am Eisenbahner Still, dann der Mord an Kovarik, dann der Mord an Müller und so fort. Es ist bekannt, was die sozialdemokratischen Führer und Zeitungen auf diese Provokationen der Reaktion antworteten: "Wir werden uns das nicht gefallen lassen!" "Wir warnen Euch!", "Wir stehen Gewehr bei Fuß!", "Bis daher und nicht weiter!", "Einen noch und wir werdens Euch zeigen!" usw. Es gab Protestversammlungen und Protestresolutionen, feierliche Erklärungen, Warnungen und Drohungen, leidenschaftliche Artikel und Reden, eine Unmasse verbrauchten Papiers - doch die Reaktion kümmerte sich nicht darum, nahm die Warnungen nicht ernst und stieß systematisch weiter vor.

Mit aller Eindringlichkeit zeigten die österreichischen Kommunisten damals auf, wohin die Entwicklung trieb, wie groß die Gefahr und wie hoch an der Zeit es war, mit der verhängnisvollen Politik der Kapitulationen, des Zurückweichens, des Alles-Geschehen-lassens und des Alles-Duldens Schluß zu machen. Die Führer der Sozialdemokratie antworteten mit dem überheblichen Hinweis auf die Macht und Größe ihrer Organisationen, auf die Riesenmasse ihrer Wählerstimmen, auf die Schlagkraft des Schutzbunds, auf den Einfluß, den sie bis tief in den Staatsapparat, in die Verwaltung, in der Legislative usw. hatten. Was verstanden die Kommunisten schon von diesen "neuen Machtverhältnissen", die entstanden waren! "Der Feind hat die Hoffnung schon aufgegeben!", rief Otto Bauer damals den Massen zu und rechnete ihnen vor, wieviele Wählerstimmen man nur noch zu gewinnen habe, um friedlich und demokratisch zum Sozialismus zu kommen.

Doch es gab auch andere, gehässigere Argumente gegen die damaligen Kommunisten: Was - so fragten die SP-Führer demagogisch - verlangten denn diese Abenteurer, diese Hasardeure, in Wirklichkeit? Sollte man etwa Schuß mit Schuß, Mord mit Mord beantworten? Sollte man die Heimwehren etwa durch den Schutzbund einfach zusammenschlagen, zusammenschießen lassen? Das wäre doch der Bürgerkrieg! Das würde doch alles so mühsam Errungene aufs Spiel setzen, würde Opfer kosten ohne Zahl! War es nicht eben der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, daß erstere in "sachlicher Arbeit", auf "friedlichem und demokratischem Weg" den Sozialismus zu verwirklichen suchten, während letztere den "blutigen Bürgerkrieg" wollten, das "Chaos", aus dem ihre "Diktatur" hervorgehen sollte! Was bedeuteten den Kommunisten schon die Tränen der Mütter, der Schmerz der Kinder, die ihre Väter, die Not der Familien, die ihre Ernährer verlieren würden, wenn es zu Blutvergießen käme! Natürlich war diesen "Pseudorevolutionären" kein Einsatz zu hoch, trugen sie doch keine Verantwortung, wollten sie doch auf Kosten anderer revolutionär sein! Deswegen dürfe man auf die "kommunistischen Hetzer" nicht hören, dürfe sich eben nicht provozieren lassen, sondern müsse besonnen sein, verantwortungsbewußt handeln.

Kurze Zeit später kam der 15. Juli 1927. Neunzig Arbeiter lagen tot auf der Straße. Nun gab es die Tränen der Mütter, den Schmerz der Frauen und Kinder, die Not der Familien ohne Ernährer. Es gab das alles, nicht weil man auf die Kommunisten gehört hatte, sondern weil man nicht auf sie gehört hatte! Und es wurde immer deutlicher, daß es bald noch viel mehr Tränen und noch mehr Schmerz geben würde.

Neue Heimwehrüberfälle, Aufmärsche der Faschisten in den Industriezentren folgten, Provokationen um Provokationen - und die SP-Führung nahm sie "Gewehr bei Fuß" und "verantwortungsbewußt" zur Kenntnis; schließlich galt es ja, Schlimmeres, den Bürgerkrieg zu vermeiden. So glitt man auf der schiefen Ebene weiter abwärts. 1929 wurde die Verfassung abgeändert, 1930 das berüchtigte "Antiterrorgesetz" beschlossen, 1931 folgte der Pfrimer-Putsch, dann die erste Dollfuß-Regierung, die erste "Notverordnung", die Flut der Konfiskationen und Verbote, das Verbot der "Roten Fahne" und der KPÖ, die Auflösung des Parlaments und schließlich Feys Wort am Vorabend des 12. Februar 1934: "Wir werden morgen an die Arbeit gehen - und wir werden ganze Arbeit leisten!"

Später, nach 1934 und nach 1945, haben sich prominente SP-Führer und Publizisten mit der Frage beschäftigt, wie es dazu kommen konnte, daß all die großen Möglichkeiten der Jahre 1918/19 so gründlich verspielt wurden, wieso das, was nach dem 1. Weltkrieg so aussichtsreich schien, 1934 im Blut der Februarkämpfer endete. Es war Oskar Pollak, der den Grund in der hinterhältigen Taktik der österreichischen Bourgeoisie „entdeckte". Jeder einzelne Vorstoß der Reaktion - so schrieb er - war für sich genommen zu klein, um das Risiko eines entscheidenden Gegenschlages zu rechtfertigen, die Gefahr des Bürgerkrieges heraufzubeschwören - aber alle diese kleinen Vorstöße zusammen waren der Weg zum Faschismus.

Oskar Pollak ist damit nur knapp an der Wahrheit vorbeigegangen, an der Wahrheit nämlich, daß die Politik der mehr oder minder kleinen Zugeständnisse an den Klassengegner schnurgerade zur großen Katastrophe führt! Der Weg zur blutigen Niederschlagung der österreichischen Arbeiter im Jahre 1934, der Weg in die Hölle des grünen und des braunen Faschismus, war mit den "verantwortungsbewußten" Kompromissen der SP-Führer gepflastert!

> Ihr Argument, man müsse um jeden Preis den Bürgerkrieg vermeiden - gerade das führte zum Bürgerkrieg, und zwar zu einem von den Arbeitern verlorenen Bürgerkrieg!
>
> Ihre Auffassung, man könne nicht wegen Birnecker, nicht wegen Müller, nicht wegen Schattendorf tausende Menschenleben aufs Spiel setzen und riesige materielle Opfer riskieren - eben das bereitete den Weg zur Opferung - zur erfolglosen Opferung - tausender Menschenleben, den Weg, auf dem schließlich die Kanonen gegen die Arbeiterwohnungen auffuhren!
>
> Die SP-Führer hatten ständig versprochen, ganz "ohne Blutvergießen", ganz "friedlich" zum Sozialismus zu führen - aber was sie unter Berufung auf die Notwendigkeiten einer solchen Politik zustandebrachten, das war ein Blutvergießen, das weder mit Frieden noch mit Sozialismus, sondern mit FASCHISMUS und KRIEG endete!

DER 12. FEBRUAR 1934 UND VIETNAM

Genossen! Man müßte blind und taub sein, um hier nicht die Parallelen zu erkennen, die sich in bezug auf die internationale Entwicklung ergeben! Wenn die heutige "Volksstimme" die Lehren des 12. Februar 1934 mit den Lehren der Vietnam-Krise in Zusammenhang bringt, so kann man ihr zur Erkenntnis dieses Zusammenhangs nur gratulieren. Er besteht, wenn auch in anderer Form, als ihn der Genosse Wolker von der "Volksstimme" sieht. Wir alle kennen ja diese zahlreichen, angeblich ganz neuen Argumente, daß man "heute unter allen Umständen einen Weltkrieg vermeiden muß", weshalb es gelte, sich "nicht provozieren" zu lassen, Verantwortungsgefühl zu zeigen, Kompromisse zu schließen, nachzugeben usw. usf. Welche fatale Ähnlichkeit mit der Argumentation der SP-Führer vor 1934!

Wir erinnern uns weiter an das während der karibischen Krise von einigen extremen Revisionisten gebrauchte Argument, "wegen Kuba" könne man "keinen Weltkrieg riskieren", wegen einem einzelnen kleinen Land dürfe man doch nicht "riskieren, die ganze Welt ins Unglück zu stürzen". Das ist nichts anderes als die international angewandte Version des SP-Arguments traurigen Angedenkens, wegen Schattendorf dürfe man sich nicht der Gefahr eines Bürgerkriegs aussetzen.

Sogar das bösartige, schamlose Argument, daß jeder, der vor den Gefahren einer unkonsequenten, versöhnlerischen Politik warnt, ein Abenteurer, ein Hasardeur, ein verantwortungsloser "Pseudorevolutionär" sei, blieb uns in der Auseinandersetzung mit den Revisionisten nicht erspart, wobei sich einige von ihnen sogar zu der ungeheuerlichen Verleumdung verstiegen, den "Chinesen" mache es nichts aus, in einem neuen Weltkrieg 300 Millionen ihrer Menschen zu verheizen.

IN WAHRHEIT GEHT ES ABER EBEN DARUM, DAS LEBEN DIESER VIELEN MILLIONEN MENSCHEN, DER CHINESEN EBENSO WIE DER RUSSEN, DER EUROPÄER, DER

AMERIKANER UND ANDEREN, NICHT ZU OPFERN DURCH EINE FAULE, SONDERN ZU RETTEN DURCH EINE KONSEQUENTE POLITIK !
Sowenig wie die Politik der Zugeständnisse und Rückzüge vor dem Klassenfeind seinerzeit in Österreich den Bürgerkrieg vermeiden konnte - ebenso wenig kann eine Politik der Konzessionen an den Imperialismus den Weltfrieden erhalten, sondern gefährdet ihn immer mehr, bringt uns einem Weltkrieg unvermeidlich näher!


AMERIKANISCHE "HILFE" FÜR DAS SÜDVIETNAMESISCHE VOLK

Die am wenigsten verlustreiche, am wenigsten Opfer kostende Politik ist stets die konsequente Politik, während die Politik der Zugeständnisse und des Gewährenlassens innernational wie international nur immer größere Gefahren, wachsende Risken, die Notwendigkeit immer größerer Opfer ergibt.

Die Taktik der österreichischen Bourgeoisie vor 1934 und die Taktik der heutigen Imperialisten in der internationalen Auseinandersetzung ist dieselbe: jeden Rückzug der anderen Seite mit einem eigenen Vorstoß zu beantworten, jede Einbruchsstelle durch neue Offensiven auszuweiten, für jedes ertrotzte Zugeständnis mit neuen, weitergehenden Forderungen zu danken. Die ganze internationale Entwicklung der letzten Jahre liefert dafür Beispiele. Wo wäre heute das sozialistische Kuba, wenn sein Volk seinerzeit die Bereitschaft Chruschtschows geteilt hätte, amerikanische "Inspektoren" ins Land zu lassen ? Wohin haben die Zugeständnisse, die Politik des Gewährenlassens der Imperialisten und ihrer Marionetten im Kongo geführt ? Und was spielt sich eben in diesen Tagen in Vietnam ab? Man erinnert sich der revisionistischen Darstellung des ersten amerikanischen Bombenangriffs auf das sozialistische Nordvietnam im August vorigen Jahres: eine einmalige, zeitlich und örtlich streng begrenzte Aktion, die keine schwerwiegenden Gegenmaßnahmen rechtfertige. Nun stehen wir vor der mehrfachen Wiederholung dieser "Aktion" auf wachsender Stufenleiter, sehen wir die "zeitlichen und örtlichen" Grenzen immer mehr verschwinden. Übrigens: Hätten die Amerikaner ihre Bomben auch dann so frischfröhlich auf ein sozialistisches Land geworfen, wenn dort statt Kossygin etwa Stalin auf Staatsbesuch geweilt hätte ? Sie hätten sich das wohl überlegt - nicht wegen der Person, sondern in Berücksichtigung der konsequenten, für Freund und Feind klaren Außenpolitik, die die Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins betrieb.

Es gibt verschiedene naive Leute, die sich sehr darüber gewundert haben, daß die amerikanischen Imperialisten so eine Provokation starteten, obwohl die sowjetischen Führer den USA gegenüber doch recht entgegenkommend und versöhnlich sind. Eine solche Fragestellung stellt die Zusammenhänge auf den Kopf. Nicht obwohl, sondern weil müßte es heißen! Die immer schamloseren Aggressionen der USA gründen sich doch offenbar auf die von den amerikanischen Imperialisten in den letzten Jahren gewonnene Überzeugung, die Sowjetunion werde schon nicht allzu heftig reagieren und es bei einigen Protesten bewenden lassen! Die amerikanischen Bomben auf Nordvietnam sind daher keine Antwort auf die "harte Politik" der südvietnamesischen Freiheitskämpfer, sondern eher eine Reaktion auf die "weiche Welle" in der sowjetischen Außenpolitik. Eine Reihe westlicher Blätter und Kommentatoren haben auch ausdrücklich bestätigt, daß die amerikanischen Bombenangriffe auf Nordvietnam weder eine Antwort auf Partisanenaktionen im Süden noch eine Aktion waren, die nur "zufällig" mit dem Staatsbesuch des sowjetischen Ministerpräsidenten zusammenfiel: es war vielmehr eine beabsichtigte Demonstration der "Stärke", eine Provokation mit dem Ziel, noch ein gutes Stück weiterzugehen als bisher. Laut "Neuer Zürcher Zeitung" vom 9.2. war das eine von Johnson vorgenommene "weltpolitische Belastungsprobe", um den sowjetischen Führern "klarzumachen, vor welcher Wahl sie stehen". Anscheinend betrachten die USA ganz Vietnam, in dem sie eine Niederlage nach der andern erleiden, dennoch als ein Stück "ihres" Territoriums, von dem alle andern die Finger zu lassen haben. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 8.2. meinte, daß die US-Bomben für Kossygin eine "Belehrung" sein sollten, die er wohl verstehen werde, denn "bisher hat die Sowjetregierung so klare Botschaften immer gut verstanden". Aus der ganzen westlichen Presse wird die Spekulation der Imperialisten deutlich, daß die sowjetischen Führer "wegen einiger Bomben" doch nicht ihre ganze Außenpolitik ändern würden, die doch auf Versöhnung mit dem Westen ausgerichtet sei. "Man hofft, daß der Kreml, der sich in einer peinlichen und schwierigen Lage befindet, sich nun nicht zu einem Kurs entscheidet, der seine Beziehungen zu Washington aufs schwerste belasten würde", schrieb die "Neue Zürcher Zeitung am 10.2. und fügte hinzu: "Die bisherigen öffentlichen Moskauer Reaktionen scheinen ermutigend(!) zu sein. Mit starken Worten des Protestes hatte man selbstverständlich von vornherein gerechnet". Auch aus England läßt sich das Blatt die allgemeine Überzeugung der imperialistischen Politiker berichten, daß die sowjetischen Führer den freundschaftlichen Beziehungen mit dem Westen gegenüber dem Vietnam-Problem "weiterhin Priorität einräumen" werden. Die Imperialisten glauben also, die sowjetischen Führer würden ihre Bindungen an den kapitalistischen Westen höher stellen als ihre Bindungen an das sozialistische Vietnam, weshalb man letzteres "unbesorgt" bombardieren könne. Auch wenn es nicht so ist - wie unerhört gefährlich ist es doch schon, wenn die Imperialisten das für möglich halten und damit spekulieren!

Mit welcher zynischen Frechheit der amerikanische Imperialismus auf eine nachgiebige Politik reagiert, geht auch aus folgendem Beispiel hervor: Viele Millionen Menschen in aller Welt, rund 11 Millionen allein im sozialistischen China, haben gegen die unverschämte Aggression der US-Imperialisten demonstriert, wobei auch einige amerikanische Botschaftsgebäude Schaden nahmen. Einige tausend Menschen haben auch in Moskau demonstriert, etliche Fenster der US-Gesandtschaft wurden dabei zerschlagen, die Fassaden mit Tinte bekleckst. Als die Amerikaner deswegen Beschwerde erhoben, über-

(Fortsetzung auf Seite 11)

AUCH ERLAGSCHEINE

kosten Geld. Wir werden in Hinkunft daher nur jeder zu Monatsbeginn erscheinenden "Roten Fahne" einen Erlagschein beilegen. Zugleich bitten wir jene unserer Leser und Freunde, die ohnehin pünktlich ihre Abonnements bezahlen und aufopferungsvoll spenden, die oftmalige Beilage von Erlagscheinen nicht als Belästigung zu empfinden. Aus technischen Gründen haben wir leider nicht die Möglichkeit, bei der Beilage von Erlagscheinen zu differenzieren. - Einzelne besonders gewissenhafte Leser sammeln die nicht benützten Erlagscheine, um sie uns gelegentlich zurückzustellen. Auch das ist eine Möglichkeit, uns sparen zu helfen, obwohl wir ausgefüllte Erlagscheine natürlich lieber empfangen als unausgefüllte. DIE REDAKTION



Zur "Abschreckung" liegengelassene erschossene Arbeiter



NIEMALS VERGESSEN !

12. Februar 1934





Artillerievolltreffer in einer Wiener Arbeiterwohnung

Ein mit Zielfernrohr ausgerüsteter Scharfschütze der Heimwehr erschoß diesen Verteidiger des Hotels Schiff in Linz vom Glockenturm der gegenüberliegenden Karmeliterkirche aus







Ein von schwerer Artillerie zusammengeschossenes Arbeiterhaus in Steyr (Ennsleiten)

(Fortsetzung von Seite 9)

nahmen die sowjetischen Behörden sofort die volle Schadenshaftung, sicherten also zu, die Fenster und Fassaden wieder in Ordnung bringen zu lassen. Und trotzdem hat es der amerikanische Präsident Johnson für notwendig gehalten, die Erklärung abzugeben, die sowjetische Polizei müsse solche Vorfälle in Zukunft verhindern, "sollten die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion weiterhin aufrechterhalten bleiben" ("Kurier", 11. 2. 1965). Das ist der Gipfel der Frechheit: erst Bombenangriffe als Begleitmusik eines Staatsbesuches des sowjetischen Ministerpräsidenten, und dann die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, wenn einige tausend Moskauer gegen die Kriegsprovokation demonstrieren! Es ist eine Sprache und ein Verhalten, das die amerikanischen Imperialisten bisher nur gegenüber den "regierenden Häuptern" einiger lateinamerikanischer "Bananenrepubliken" praktiziert haben.

Wir wollen nicht mißverstanden werden: Weder wir noch andere Marxisten-Leninisten verlangen, daß die Sowjetunion die amerikanischen Bomben auf das sozialistische Vietnam mit sowjetischen Bomben auf amerikanische Stützpunkte beantworten soll. Wir verlangen auch nicht, daß sowjetische Truppen nach Vietnam entsandt werden, um dort Krieg zu führen. (Als die USA seinerzeit in Korea, unmittelbar an den sowjetischen Grenzen, ihren Aggressionskrieg führten, sandte Volkschina seine Freiwilligen gerade deshalb nach Korea, um der Sowjetunion eine Gefechtsberührung mit den Amerikanern zu ersparen, die allzu leicht internationale Ausmaße angenommen hätte!) Wir wollen von der Sowjetunion weder, daß sie den Amerikanern einen Krieg erklärt, noch daß sie de facto einen solchen führt!

Haben die österreichischen Kommunisten etwa im Mai 1925, als die Heimwehr den Mödlinger Gemeinderat Müller ermordete, verlangt, daß nun der Schutzbund beginnt, Heimwehrler niederzuschießen? Nein - sie forderten viel mehr, auch wenn es weniger dramatisch klingen mochte: sie forderten eine grundlegende Änderung der ganzen verfehlten und gefährlichen SP-Politik, die die Reaktion so offensichtlich zu immer frecheren und hemmungsloseren Provokationen ermutigte!

Ähnlich ist es heute im Fall Vietnams. In welcher Form, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln die Sowjetunion einem anderen Land des sozialistischen Lagers bzw. einem im antiimperialistischen Befreiungskampf stehenden Volk hilft, ist ein technisches Problem, das sich in Übereinstimmung mit den Wünschen des betreffenden Partners und den konkreten Erfordernissen der Situation relativ leicht wird lösen lassen, falls die politischen Fragen klar sind, eine feste gemeinsame politisch-ideologische Basis und eine von bürgerlichen Machtinteressen unbelastete revolutionäre Solidarität besteht. Hier liegt, wie ich glaube, das grundlegende Problem, um das es heute geht. Es geht um die Bereitschaft der neuen sowjetischen Führer, das Gesamtsystem ihrer von Chruschtschow übernommenen revisionistischen Politik zu ändern, ihre Politik wieder in vollem Umfang auf die Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu stellen, was bis heute leider noch aussteht! Ohne eine solche allgemeine Änderung der sowjetischen Politik kann man auch keine ernste Änderung ihrer besonderen Politik gegenüber Vietnam erwarten und würde eine solche lokale Änderung auch nicht viel nützen.

Die Vietnam-Krise ist somit kein isoliertes Problem, sondern widerspiegelt, wie der amerikanische Imperialismus die internationale Situation im allgemeinen und die Politik der Sowjetunion im besonderen einschätzt.

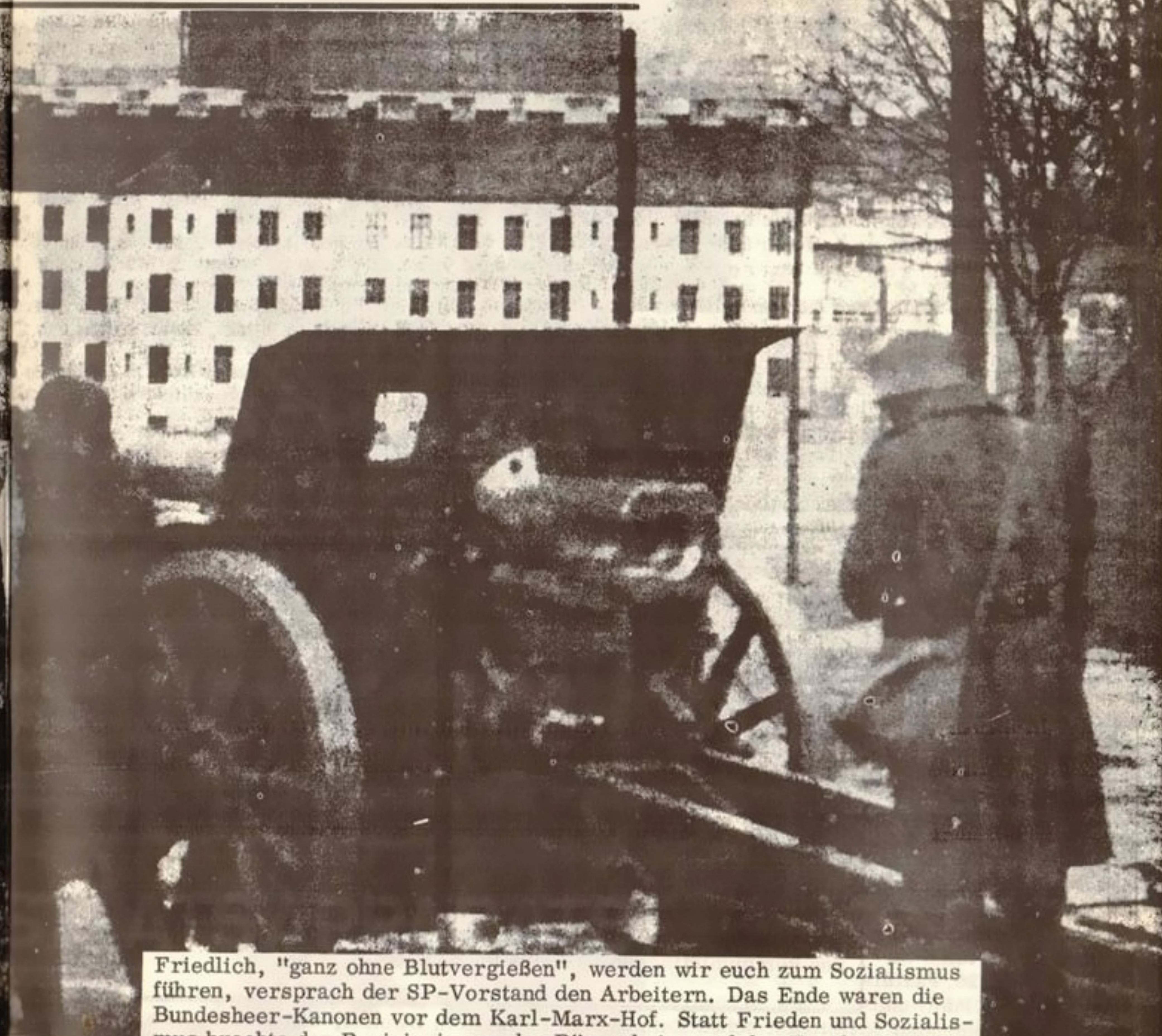
Wirkliche Solidarität mit Vietnam - das erfordert daher unvergleichlich mehr als die notwendige materielle Unterstützung dieses so tapfer gegen die mörderische Aggression des US-Imperialismus kämpfenden Volkes. Es erfordert, in vollem Umfang und in jeder Hinsicht der Grunderkenntnis der Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen Parteien von 1960 zu entsprechen, daß der US-Imperialismus der Hauptfeind des Weltfriedens, der größte internationale Ausbeuter, der Weltgendarm, die Hauptquelle aller Übel in der Welt ist; es erfordert, alle Fragen im Lichte dieser Erkenntnis zu beurteilen und zu lösen - mit anderen Worten: alle Kräfte zu-

(Fortsetzung auf Seite 14)

DER ZWECK DES STAATSAPPARATS

IM FEBRUAR 1934, GEGEN DIE REVOLUTIONÄREN ARBEITER, FUNKTIONIERTE DAS ÖSTERREICHISCHE BUNDESHEER GROSSARTIG.

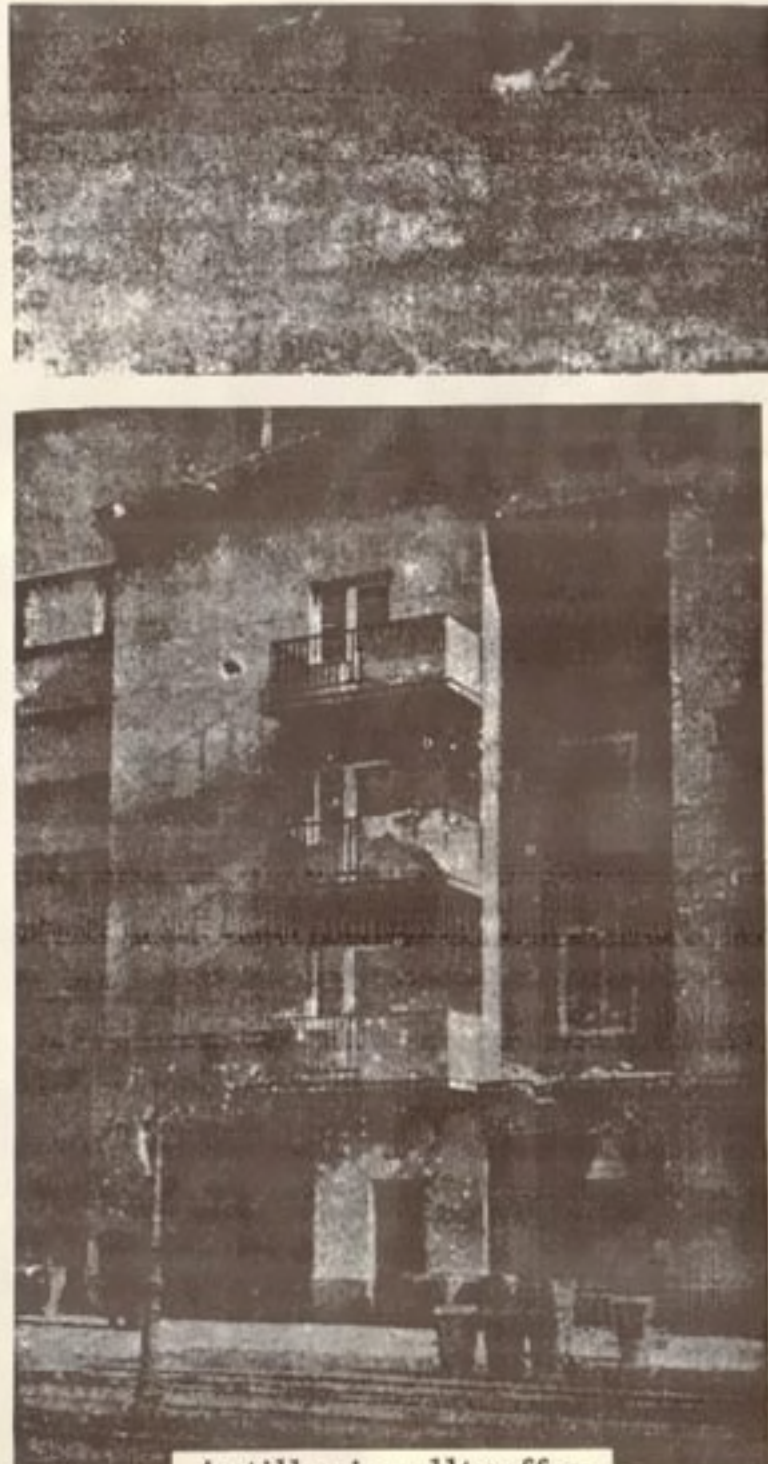
IM MÄRZ 1938 ABER, ALS ES UM DIE EXISTENZ ÖSTERREICHS GING, GAB ES NICHT EINMAL EINEN EINZIGEN SCHUSS AB !



Friedlich, "ganz ohne Blutvergießen", werden wir euch zum Sozialismus führen, versprach der SP-Vorstand den Arbeitern. Das Ende waren die Bundesheer-Kanonen vor dem Karl-Marx-Hof. Statt Frieden und Sozialismus brachte der Revisionismus den Bürgerkrieg und den Faschismus.



Das Ottakringer Arbeiterheim nach dem Sieg der "Ordnung"



Artillerievolltreffer im Goethehof (Wien)



Der [illegible]erliche Staatsapparat "be[illegible]t" die Arbeiterviertel



Steyr: Die Arbeitersiedlung Ennsleiten unter Artilleriebeschuß

(Fortsetzung von Seite 11)

sammenzufassen, um diese Hauptkraft der Ausbeutung und der Reaktion, der Aggression und des Krieges zurückzuschlagen!

Weder der Frieden Vietnams noch der Frieden der ganzen Welt kann erhalten werden, wenn man dem USA-Imperialismus weitere Zugeständnisse macht und es ihm so erlaubt, noch weiter vorzustoßen! Der Frieden kann nichteinmal erhalten und gesichert werden, wenn man den sogenannten Status quo, die bestehenden Machtverhältnisse aufrecht läßt, geschweige denn, wenn sie sich in einem von den Imperialisten gewünschten Sinn ändern. Nur indem man den Imperialismus in Vietnam und überall sonst zurückschlägt, ihm eine Position nach der andern entreißt, kann man den Frieden gewinnen!

Wirkliche Solidarität mit Vietnam - das ist daher auch nicht nur eine Frage der Beziehungen zu diesem einen sozialistischen Land, sondern eine Frage der Beziehungen im ganzen sozialistischen Lager und innerhalb der ganzen kommunistischen und revolutionären Weltbewegung. Es gehört dazu ebenso die Wiederherstellung einer von allen Machinationen der Imperialisten unerschütterlichen Einheitsfront zwischen der Sowjetunion und Volkschina wie die restlose Wiedergutmachung des ungeheuren Schadens, der dem sozialistischen Albanien durch den Vertragsbruch, die Wirtschaftssabotage und die Boykottmaßnahmen der Chruschtschow-Revisionisten entstand; es gehört dazu nicht minder die Neuordnung der Beziehungen der Sowjetunion zu allen anderen sozialistischen Ländern auf der Basis voller Gleichberechtigung, gegenseitiger Hilfe und eines echten proletarischen Internationalismus, schließlich auch der Verzicht auf alle Versuche der Reglementierung und Gängelung von kommunistischen Bruderparteien im Sinne des 20. Parteitags der KPdSU und der ihm folgenden revisionistischen Eskapaden. Es ist kein Zweifel, daß eine solche Wiederbesinnung auf Dinge, die uns einst selbstverständlich schienen, die Imperialisten mehr treffen und mehr abkühlen würde als eine beliebige Menge von Solidaritätserklärungen mit Vietnam.

DER SIEG DES "KOMMUNISTISCHEN PRINZIPS" IN DEN USA

Er wurde zwar schon zum Jahreswechsel geschrieben, paßt aber ausgezeichnet in den Fasching - der Neujahrsaufruf der oberösterreichischen Landesleitung der KPÖ an alle Mitglieder, dem wir die folgende Blüte entnehmen:

"Selbst in den entwickelten und damit stärksten Ländern des Kapitalismus besteht der allgemeine Charakterzug darin, daß sich die Kräfte des Fortschritts durchzusetzen beginnen. Sei es in indirekter Form wie bei den Wahlen in den USA und in England, wo es um das kommunistische Prinzip der friedlichen Koexistenz ging, für das sich die Mehrheiten entschieden oder sei es in direkter Form..."

Ob es dem Genossen Johnson recht sein wird, wenn Haider und Wipplinger so offen ausplaudern, daß er der Vertreter eines kommunistischen Prinzips ist ?

NUR DIE WAHRHEIT IST REVOLUTIONÄR - ILLUSIONEN HELFEN DER REAKTION

Ich komme zu der dritten Lehre, die sich aus dem 12. Februar 1934 ergibt und die ebenfalls gerade heute besonders wichtig ist: Man darf Illusionen nicht dulden und fördern, sondern muß sie zerschlagen - selbst auf die Gefahr hin, daß man nicht sofort von allen Menschen verstanden wird!

Die KPÖ war in den ersten eineinhalb Jahrzehnten ihrer Existenz eine sehr kleine Partei und hat in den Jahren des Abflauens der revolutionären Welle noch an Mitgliedern und Masseneinfluß verloren. 1927 zählte sie in ganz Österreich nur 3.000 Mitglieder, bei den Wahlen desselben Jahres erreichte sie insgesamt nur 16.000 Stimmen. Die sozialdemokratischen Revisionisten nützten diese Kleinheit der KPÖ gebührend aus, um sie zu verspotten, zu beschimpfen und zu verleumden. Sie bezeichneten sie als "Spalter", als Schädlinge und Feinde der "Einheit", als Leute, die in Wirklichkeit nur der

(Fortsetzung auf Seite 16)



Floridsdorfer Arbeiter auf dem Weg in den Kerker



Erschossene Arbeiter

Februar 1934



Kardinal Innitzer erteilt den Segen



Nachdem das Gericht erklärt, eine schwere Verwundung sei keine schwere Erkrankung, wird Karl Münichreiter am 14.Februar 1934 auf der Tragbahre zum Galgen getragen und um 16,35 Uhr gehenkt



Nach den Kämpfen stellt die Heimwehr 6 Arbeiter in Holzleithen (OÖ) auf die Bühne des Arbeiterheims und erschießt sie

(Fortsetzung von Seite 14)

Reaktion Schützenhilfe leisteten usw. Viele Arbeiter ließen sich dadurch täuschen und verhetzen. Es gab bei ihnen eine Riesenmasse von Illusionen - über den Charakter der Sozialdemokratie, über die Folgen ihrer Politik, über das Wesen der bürgerlichen Demokratie, über den Staatsapparat, den Parlamentarismus, den Weg zum Sozialismus usw. Doch die kleine KPÖ machte all diesen Illusionen keine Zugeständnisse, sie "knüpfte nicht daran an", wie der moderne Ausdruck lautet, und hatte keine Angst, die Wahrheit auch dann zu sagen, wenn das unpopulär war und sogar auch oft die Gegnerschaft von Leuten eintrug, bei denen man einen klareren Blick erwartet hatte. Manchem bürgerlichen oder opportunistischen Politiker schien eine solche "undiplomatische" Politik als unklug und primitiv, als Beweis, daß es den Kommunisten an taktischem Geschick, an psychologischer Raffinesse, an der "Kunst der Menschenführung" mangle.

Dann aber kam das Jahr 1934, die Illusionen zerplatzten und gerade die so "undiplomatische" Politik der Kommunisten bewährte sich in der glanzvollsten Weise. Tausende der besten Aktivisten der Arbeiterbewegung erkannten nach den bitteren Erfahrungen des Februar, daß die einzigen, die sie nicht belogen hatten, die einzigen, die die volle, ungeschminkte Wahrheit gesagt hatten, die Kommunisten waren und schlossen sich daher dieser Partei an. Trotz der schweren Bedingungen der Illegalität erntete die Partei nun die Früchte eines fünfzehnjährigen, zähen und oft fast aussichtslos scheinenden Kampfes gegen Berge von Illusionen und Unwissen, Leichtgläubigkeit und Verblendung. Weil sie den Illusionen der Massen keine Zugeständnisse gemacht, weil sie nicht an die Illusionen, sondern an die Tatsachen angeknüpft hatte, weil sie unbeirrbar die Wahrheit gesagt hatte, auch wenn das unpopulär war - deshalb ging die KPÖ aus dem Februar 1934 nicht geschwächt, sondern wesentlich gestärkt hervor, wurde sie zur Massenpartei.

Eben heute, in einer Zeit, da es wieder eine Hochflut reformistischer und revisionistischer Illusionen gibt, sollte man an diese Lehre des 12. Februar 1934 denken. Die Illusionen werden kein langes Leben haben, früher oder später werden sie unweigerlich an die Tatsachen stoßen und grausam zerschlagen werden! Die Arbeiter aber werden dann zu jenen Vertrauen fassen, welche rechtzeitig die Wahrheit gesagt hatten und werden jene mit Verachtung strafen, die ihre Illusionen nährten, statt sie zu bekämpfen.

Resolution

Wir Wiener Arbeiter, die zu einer Gedenkversammlung anläßlich des Jahrestages des 12. Februar 1934 zusammengekommen sind, erheben

LEIDENSCHAFTLICHEN PROTEST

gegen die verbrecherischen kriegerischen Überfälle des amerikanischen Imperialismus auf das sozialistische Vietnam, sowie gegen die verantwortungslosen Versuche der Johnson-Regierung, ihren schmutzigen Krieg in Südvietnam auf ganz Indochina und auf noch weitere Teile der Welt auszudehnen.

Wir fordern unverzügliche Einstellung der amerikanischen Kriegshandlungen, sofortigen Abzug der US-Soldateska aus Vietnam und aus allen anderen unter amerikanischem Militärstiefel stehenden Ländern!

Wir sind der Meinung, daß der enge Zusammenschluß aller sozialistischen Länder und kommunistischen Parteien, die Vereinigung aller gegen den US-Imperialismus kämpfenden Völker und Kräfte ein dringendes Gebot der Stunde ist!

Die Lehre, die sich aus der ganzen Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ergibt, gilt auch in internationaler Beziehung:

Jede Unentschlossenheit, jedes Zurückweichen, jedes Zugeständnis ermutigt die Reaktion, die Feinde des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, zu neuen und frecheren Vorstößen! Alle sozialistischen Länder und alle fortschrittlichen Parteien und Kräfte müssen dieser Erkenntnis Rechnung tragen, soll die Welt nicht in eine Periode immer ausgedehnterer und gefährlicherer Kriegshandlungen der Imperialisten hineinschlittern!

In unverbrüchlicher proletarischer Solidarität grüßen wir in diesen Stunden das heroische vietnamesische Volk!

Wir sind dessen gewiß, daß keinerlei US-Bomben, kein noch so großes Verbrechen der Imperialisten den vollen Sieg des vietnamesischen Volkes in seinem gerechten Befreiungskampf verhindern können!

Einstimmig angenommen von den 70 Teilnehmern der Gedenkversammlung vom 12. Februar 1965 in Wien, einberufen von der "ROTEN FAHNE", Tribüne der Marxisten-Leninisten in der KPÖ.

Lektion in bürgerlicher Demokratie

Die Protestkundgebung der FÖJ gegen den Überfall der US-Imperialisten auf das sozialistische Vietnam hat zu unserem Bedauern auf die Stunde genau zum selben Zeitpunkt stattgefunden, für den die "Rote Fahne" seit mehr als einem halben Monat eine Februar-Gedenkversammlung angekündigt hatte. Dieser Umstand hat einerseits die Teilnahme etlicher unserer Freunde an der FÖJ-Aktion verhindert, andererseits aber auch dazu geführt, daß eben in dem Moment, als wir in Baumgarten über den Charakter des bürgerlichen Staatsapparats sprachen, dieser am Alsergrund praktischen Anschauungsunterricht darüber erteilte, wie richtig wir ihn einschätzen.

Bei der Prügel-Aktion der Wiener Polizei am 12. Februar 1965 wurden einige Dutzend Demonstranten brutal mißhandelt, sechs verhaftet und einer von ihnen noch auf der Wachstube in Wien 9., Boltzmanngasse 20, so viehisch geschlagen, daß er eine Gehirnerschütterung und Schädelprellung davontrug.

Die Polizei hat damit auf die ihr gemäße Weise den 12. Februar gefeiert und glaubhaft gemacht, daß sie ihren Traditionen treugeblieben ist. Sie nimmt am 24. Dezember und zu Sylvester die Gaben der Bevölkerung in Form von Bonbonnieren und Weinflascherln entgegen und teilt am 12. Februar (es kann auch ein anderer Tag sein) dafür ihre "Gaben" in Form von Knüppelhieben an die Bevölkerung aus, wodurch die gegenseitigen Beziehungen eindeutig klargestellt sind.



"Ich werde Dir geben, die Anweisungen einer demokratischen Polizei zu mißachten!"

Was aber macht die "Volksstimme"? Sie protestiert - aber wie! Wortwörtlich schreibt sie am 14. Februar, das Vorgehen der Polizei enthülle "Zustände, die man längst überwunden geglaubt hat". Anscheinend war also das Zentralorgan der KPÖ der Meinung, daß der Staatsapparat im heutigen Österreich etwas ganz anderes sei als jener der 1. Republik, daß er seinen Klassencharakter geändert habe oder daß es sich auch schon bei dem seinerzeitigen Verhalten des Staatsapparats um kleine Schönheitsfehler, bloß um "Zustände" gehandelt habe, die sich eines Tages "beheben" ließen, ohne den Kapitalismus zu beseitigen.

Doch lassen wir das. Denn scheinbar hat die "Volksstimme" jetzt ja begriffen: Sie hatte die "Zustände längst überwunden geglaubt", muß aber jetzt konstatieren, daß dieser Glauben falsch war, daß die "Zustände" nicht überwunden sind, sondern weiter andauern (weil es sich eben nicht um irgendwelche merkwürdigen "Zustände", sondern um einen Ausdruck der klassenmäßigen Rolle der Polizei im bürgerlichen Staat handelt).

Hat also die "Volksstimme" endlich gelernt? Leider nein! Denn erstens betont sie angesichts dieser befohlenen Aktion, daß es ja nur "einzelne" Polizisten gewesen seien - "es sei anerkannt, daß die Mehrzahl der Polizisten sich anständig und maßvoll verhielt" (Leitartikel vom 17.2.1965) - einige wenige "schwarze Schafe" sozusagen, nach denen man doch nicht die ganze Polizei beurteilen dürfe. Und zweitens fordert sie, daß die betreffenden Polizisten "zur Verantwortung gezogen werden müssen", denn "Prügelgardisten haben in einer demokratischen Polizei nichts zu suchen" (14.2.). Was heißt das? Das heißt, daß die "Volksstimme" so tut, als hätten die Prügler entgegen den Weisungen und Befehlen, ohne Wissen, Billigung und Auftrag ihrer Vorgesetzten gehandelt; es heißt, die großen Drahtzieher, die wirklich Verantwortlichen, auf Kosten der kleinen Werkzeuge, der willfährigen Büttel, der hauenden Befehlsempfänger zu decken! Es heißt schließlich, das, worin sich die eigentliche Rolle und Aufgabe der Polizei im bürgerlichen Klassenstaat ganz besonders sichtbar und fühlbar manifestiert, quasi als eine böse Ausnahme, als zu ahndende Regelwidrigkeit, als garstige Pustel am edlen Antlitz eines "Freundes und Helfers" hinzustellen und der Polizei allen Prügelorgien zum Trotz ihren "demokratischen" Charakter zu bescheinigen, obwohl gerade ihr Verhalten beweist, wie unmittelbar sich die Bourgeoisie auch in der vielgepriesensten bürgerlichen Demokratie auf die Mittel der Gewalt, der Diktatur stützt.

Allmählich verliert man die Hoffnung, daß es jemals gelingen wird, der "Volksstimme" wieder die Grundbegriffe des Marxismus beizubringen.

„‚Den nehmen wir uns auch noch ausse!' sagte ein Polizist. Dann wurde ich am Mantelkragen hochgehoben und wie ein Hase von Polizist zu Polizist gereicht. Etwa durch fünf bis sechs Uniformierte hindurch in Richtung auf das Kommissariat zu. Dort im Vorzimmer bekam ich sofort eine ins Gesicht, so daß mir die Brillen herunterfielen. Es war ein Zivilist im Fischgrätenmantel, der auf mich einschlug. Dann bekam ich noch ein paar Hiebe auf die Nase. Insgesamt standen zwei Zivilisten und etwa fünf Polizisten um mich herum und prügelten mich.

Ich wurde gegen eine Bank gestoßen, die in der Ecke des Vorzimmers stand, und fiel auf sie. Dann wurde ich plötzlich bewußtlos.

Als ich wieder zu mir kam, half mir ein Polizist in das letzte Zimmer der Wachstube, wo zwei weitere Jugendliche standen, die man vor mir festgenommen hatte. Ich mußte mich a-sweisen. Dann verlangte ich einen Arzt. Die Antwort des Beamten lautete: ‚Einen Arzt hamma nur dann, wenn wir einen brauchen.' Ich wollte wissen, wer der Zivilist im Fischgrätenmantel war, der auf mich eingeschlagen hatte. Die Antwort: ‚Sie werden das noch rechtzeitig erfahren.' Als ich eine Anzeige erstatten wollte, weigerte man sich, sie entgegenzunehmen.

← Aus dem Bericht von Heinz Kolisch, der am 12.2.1965 von der Polizei bewußtlos geschlagen wurde, weil er gegen den US-Krieg in Vietnam demonstrierte

Auch telefonisch ist die "ROTE FAHNE" leicht erreichbar!



Unsere Nummer ist **92-10-672**

LEHRREICHES AUS DER BÜRGERLICHEN PRESSE

BOMBEN AUF NORDVIETNAM, WEIL IN SÜDVIETNAM SÜDVIETNAMESEN DIE USA MIT USA-WAFFEN BEKÄMPFEN

"...fehlt es nicht an kritischen Stimmen, die darauf hinweisen, daß nun Nordvietnam zum erstenmal für Attacken des Vietcong in Südvietnam 'bestraft' werde, obschon der Angriff in Pleiku mit Waffen amerikanischer Herkunft durchgeführt wurde, die vom Vietcong erobert worden waren. Man stellt fest, daß damit im Konflikt in Vietnam eine neue Kampfregel eingeführt worden sei und die Auseinandersetzung nun über einen Bürgerkrieg hinauswachse... Nun löst auch der stellvertretende Angriff gegen Amerikaner die Vergeltung aus..."

("Neue Zürcher Zeitung" vom 10.2.65)

"VERGELTUNG" - WANN IMMER ES DEN US-IMPERIALISTEN GEFÄLLT

"...setzt sich ein gewisser Steigerungsautomatismus durch...Die neuen Kampfregeln vom Wochenende haben schon insoferne eine Erweiterung erfahren, als nach der Darstellung des Weißen Hauses nun auch Vietcong-Operationen, die sich nicht direkt gegen amerikanische Stützpunkte richten, zum Anlaß für Vergeltungsschläge genommen werden. Anschläge auf Eisenbahnanlagen und Überfälle auf südvietnamesische Siedlungen und einzelne Mordanschläge gegen südvietnamesische Führer werden nun als 'direkte Provokationen' bezeichnet, die den Vergeltungsakt rechtfertigen..."

(Der Washingtoner Korrespondent der NZZ am 13.2.1965)

JOHNSON - DURCHAUS KEIN "FRIEDLICHER" IMPERIALIST

"Im übrigen ist Präsident Johnson von den kommunistischen Strategen, die sich auf seine Neigung zu Kompromissen verließen, politisch falsch eingeschätzt worden.. Die 'Vergeltungsschläge' gegen Nordvietnam haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Amerikaner auch bereit sind, das Risiko eines noch größeren eigenen Engagements auf sich zu nehmen..."

("Neue Zürcher Zeitung" vom 14.2.1965)

SPEKULATION AUF POLITISCHES "VEGETARIERTUM"

"Ihre unvermeidliche Entrüstung haben die Sowjets in noch immer gezügelten Gesten und in einer Sprache zum Ausdruck gebracht, die sie über verbale Exzesse hinaus zu nichts verpflichtet. Die Herrschaft kühler Überlegung ist in Moskau offenbar nicht gefährdet. Man hat den Eindruck, daß die Sowjets ihre Nordvietnam gegebenen Unterstützungsversprechen sozusagen in vegetarischer Weise konsumieren wollen, indem sie die Empörung der Welt gegen die amerikanische Kampfführung mobilisieren, im übrigen aber in der Frage der materiellen oder gar bewaffneten Intervention sich zurückzuhalten suchen."

("Neue Zürcher Zeitung" vom 14.2.1965)

BOMBENANGRIFFE ALS VERHANDLUNGSARGUMENT?

"Der Dschungelkrieg in Südvietnam ist für die USA nicht zu gewinnen, wohl aber zu verlieren...Bliebe der Verhandlungsweg: Aber was kann am Verhandlungstisch noch an tragbaren Kompromissen erzielt werden, wenn die militärische Niederlage bereits feststünde?...Die USA versuchen, sich durch Vergeltungsangriffe und kaum verhüllte Überlegungen, den Krieg notfalls auszuweiten, eine Verhandlungsposition zu schaffen, und zwar eine gute Verhandlungsposition, die sie auf Grund der bisherigen militärischen Lage in Südvietnam nicht erreichen konnten..."

(Hugo Portisch im "Kurier" vom 13.2.1965)

"Amerika weiß, daß die Situation in Indochina so wie 1954 nach dem Kolonialkrieg nur noch auf politischem Weg zu lösen ist, und will durch die Schläge seiner Luftmacht nur seine Verhandlungsposition verbessern."

("Arbeiter-Zeitung" vom 14.2.1965)

DER STANDPUNKT DER NATIONALEN BEFREIUNGS-FRONT SÜDVIETNAMS

"Ich fragte meine vietnamesischen Freunde, ob sie gegen die von vielen ihrer Freunde im Westen erhobene Forderung nach einer Genfer Konferenz Einwände hätten. Sie antworteten, sie hätten nichts einzuwenden, wenn ihre Freunde eine solche Forderung für nützlich erachten, sie hielten aber ihre eigene Losung für einfacher und klarer...'Sollen die US-Militärpersonen abziehen, soll man uns unsere eigenen Angelegenheiten selbst erledigen lassen' - das ist eine klare, vernünftige Forderung.

'Verhandeln' ist nicht klar. Denn da fragt es sich: Mit wem? Worüber? Dadurch wird die klare Forderung des Volkes zum Verstummen gebracht und durch die Dispute der Diplomaten ersetzt. In einem bestimmten Stadium sind die Diplomaten nötig, aber die Stimme des Volkes darf nicht zum Verstummen gebracht werden... Indessen möge man wohl verstehen, daß die Nationale Befreiungsfront Südvietnams im Begriffe ist, den Krieg zu gewinnen. Sie ist es, mit der zu verhandeln die USA rechnen müssen. Weder Hanoi noch Peking können für sie sprechen, und schon garnicht jene beiden Ko-Präsidenten der Genfer Konferenz, die zehn Jahre lang die USA nicht dazu gebracht haben, das Genfer Abkommen einzuhalten...

Am 19.Dezember erklärte der chinesische Außenminister Tschen Yi bei einem von der Ständigen Mission der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams in Peking veranstalteten Empfang: Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams ist der wahre Vertreter der 14 Millionen zählenden südvietnamesischen Bevölkerung, und die Frage Südvietnam kann nur durch Verhandlungen geregelt werden, die ohne Einmischung von außen geführt werden, und zwar in Übereinstimmung mit dem Programm der Nationalen Befreiungsfront und den Wünschen der südvietnamesischen Bevölkerung. Einen anderen Weg gibt es nicht."

(Aus der Schriftenreihe von Anna Luise Strong, "Briefe aus China", Nr. 23-25)

DIE ZENSUR AM WERK

Einigkeit

Wegen der Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung ist für den 1. März die Redaktionskonferenz, zu der 26 Parteien eingeladen sind, festgelegt. Da es um die Einigkeit der kommunistischen Parteien geht, ist diese Beratung von äußerster Wichtigkeit. Hoffen wir, daß es zu keiner Spaltung der Parteien kommt oder gar zu einem Bruch mit der KP Chinas. Provokationen und Hetze der Imperialisten würden kein Ende nehmen, und natürlich wäre der Frieden nicht gesichert. Die Einigkeit ist der beste Garant des Friedens.

M. R., Wien X

Am 23. Jänner 1965 erschien in der Rubrik der "Volksstimme" "Der Leser hat das Wort" der nebenstehende Leserbrief.

Kurze Zeit später wandte sich der Verfasser dieses Briefes bzw. seines Urtextes, der Genosse Michael Roth aus Wien 10., Inzersdorferstraße 117/19, an die Redaktion der "Roten Fahne", um ihr an Hand dieses Beispiels zu zeigen, wie ungeniert man in der "Volksstimme" sogar solche Beiträge zensuriert und verfälscht, die lediglich eine persönliche Meinung widerspiegeln und daher in der Leser-Rubrik erscheinen.

Obwohl Genosse Roth die "Volksstimme" brieflich ersucht hatte, seinen Brief nur im vollen Wortlaut abzudrucken, hat sie ihn so zensuriert, daß - wie uns der Einsender schreibt - "die Hälfte, überhaupt das wichtigste fehlt". Nachfolgend der unzensurierte Text des Briefes, den zu veröffentlichen uns Genosse Roth ersucht:

"Zur kommunistischen Weltbewegung!

Auf Grund der Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau ist für den 1. März die Redaktionskonferenz, zu der 26 Parteien eingeladen sind, festgelegt worden. Da es um die Einheit der kommunistischen Parteien geht, ist diese Beratung von äußerster Wichtigkeit. Hoffen wir, daß es zu keiner Spaltung kommt oder gar zu einem Bruch zwischen China und der UdSSR, was unter Chruschtschow wahrscheinlich eingetreten wäre. Provokationen und Hetze der Imperialisten gegen den gesprengten Block hätten kein Ende genommen und der Frieden wäre auf garkeinen Fall gesichert gewesen. So aber ist ein Bündnis mit China der beste Garant des Friedens.

Als alter Genosse schon unter Friedländer und Koritschoner hoffe ich, daß die Genossen bei der Konferenz am 1. März in Moskau den Spruch von Lenin nicht vergessen werden: Ehrlichkeit in der Politik ist das Resultat der Stärke, Heuchelei das Resultat der Schwäche. Also bleiben wir bei der Stärke und keine Macht der Welt kann den Frieden stören - auch kein Prader.

Michael Roth
Wien 10., Inzersdorferstr. 117/19"

Wie man sieht, steht Genosse Roth in bezug auf die sogenannte "Vorkonferenz" durchaus nicht auf dem Standpunkt der "Roten Fahne", die sie als eine offensichtliche Spalterkonferenz überhaupt ablehnt - und dennoch wurde Genosse Roth so zensuriert, daß er geradezu als Chruschtschowianer dasteht. Das ist ja überhaupt typisch, wie beflissen die Zensoren der "Volksstimme" den Nachsatz über Chruschtschow weggestrichen haben. Auch nicht nach seinem Sturz und nichteinmal in einem Leserbrief darf dieser üble Revisionist kritisiert werden. Aber warum haben die Zensoren auch den Satz gestrichen, daß ein Bündnis zwischen der Sowjetunion und Volkschina den Frieden sichert? Sind sie etwa der Meinung, daß das nicht wahr ist? Sind sie gegen ein solches Bündnis? Sind sie in ihrer revisionistischen Verblendung schon so weit gekommen, daß ein gutes Wort über das volkreichste Land des Sozialismus schon als gefährlich empfunden und daher unterdrückt wird? Da darf es uns wirklich nicht wundern, daß ihnen auch das Verlangen nach einer ehrlichen Politik, nach der Wahrheit in der Politik als unpassend erschienen ist und der Schere zum Opfer fiel.

-21-

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

WIENER GEBIETSORGANISATION PROTESTIERT GEGEN DIE SERIENAUSSCHLÜSSE

Am 1.12. und am 15.12.1964 beschäftigte sich die Mitgliederversammlung der Gebietsorganisation 4 der Favoritner Parteiorganisation in einer eingehenden Diskussion mit der Lage, die innerhalb der Partei durch die in den letzten Monaten erzwungenen Serien-Ausschlüsse von bewährten Aktivisten und Funktionären entstanden ist. Ohne sich von dem von der Wiener Stadtleitung entsandten Referenten Max Schneider irremachen zu lassen, nahm die Mitgliederversammlung nach gründlicher Beratung einen von Genossen Erich Linha vorgeschlagenen Resolutionsentwurf mit der Abänderung an, daß nicht von "aufgezwungenen", sondern von "durchgeführten" Ausschlüssen gesprochen werden soll. Die mit einem Stimmenverhältnis von 13 Für-, 5 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung angenommene Resolution hat folgenden endgültigen Wortlaut:

Resolution

Das Gebiet 4 der Bezirksorganisation Wien X. der KPÖ faßte in der Mitgliederversammlung am 1.XII. (Fortsetzung am 15.XII.1964) folgenden

BESCHLUSS

Mit Unwillen haben wir festgestellt, daß unter Mißachtung vieler Proteste und im Widerspruch zum Sinn des Parteistatuts, dem die Einheit der Partei und der Weltbewegung untrennbar zugrunde liegen, von mehreren Grundorganisationen Parteiausschlüsse durchgeführt wurden, welche ihre letzte Ursache im solidarischen Verhalten der Ausgeschlossenen mit bestimmten kommunistischen Bruderparteien haben.

Wir beauftragen daher die Gebietsleitung:

a) wachsam zu sein, damit durch überraschende Einberufung ungenügend beschlußfähiger Versammlungen oder ähnliche Mittel von unserer Grundorganisation derartige schädliche Beschlüsse nicht durchgeführt werden,

b) die Nichtigkeit aller Ausschlüsse auf Grund der proletarischen Solidarität der Ausgeschlossenen mit bestimmten Bruderparteien, in der abnormalen Situation der gespaltenen Weltbewegung,

in der Bezirksleitung zu beantragen, sowie dort zu beantragen, daß die Bezirksleitung Favoriten einen analogen Beschluß für ganz Österreich beantragt.

Begründung: Wir glauben, daß nicht Ausschlüsse, sondern nur kameradschaftliche Diskussion die leider bestehenden Meinungsverschiedenheiten überwinden kann. Wir hoffen, daß der Regierungswechsel in der Sowjetunion die Aussichten auf Überwindung der Meinungsverschiedenheiten in der Weltbewegung wesentlich verbessert hat und verlangen daher, daß die KPÖ alle Ausschlüsse widerruft, keine neuen Ausschlüsse aus den genannten Ursachen beantragt und vielmehr energisch auf eine rascheste Wiederherstellung der vollen proletarischen Solidarität innerhalb der KPÖ sowie der Weltbewegung hinarbeitet.

Für die Gebietsleitung 4

Horn e.h.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Brief aus Graz:

Eine Gruppe Grazer Kommunisten sandte uns kürzlich einen sehr schönen Brief, in dem es unter anderem heißt:

"Wir sind eine Gruppe langjähriger Mitglieder der K.P. (darunter Genossen mit 20- bis 35-jähriger Mitgliedschaft) und fühlen uns verpflichtet, Euch in der 'Roten Fahne' über unsere Tätigkeit zu berichten.

Seit langem sehen wir mit wehem Herzen, wie unsere Partei, die einen Kader von aufrechten, aufopferungsvollen Genossen hatte, immer kleiner und kleiner wird, sodaß sie unsere Gegner spöttisch eine Schrumpfpartei genannt haben. Wir wissen auch den Grund, warum es abwärts ging: die Parteiführung hat einen revisionistischen Weg eingeschlagen. Sie unterscheidet sich immer weniger von der SP.

Um der Partei nicht zu schaden, wagten wir lange nicht, offen aufzutreten. Aus Achtung vor der Partei und ihrer revolutionären Vergangenheit wollten wir ihre jetzige Politik nicht angreifen. Jetzt erkennen wir, daß das falsch ist und daß man der 'Roten Fahne' helfen muß.

Wir sprechen jetzt mit vielen braven und treuen Genossen. Einige, die der Partei aus Enttäuschung den Rücken gekehrt haben, hoffen wir wieder zu aktivieren und auf einen richtigen marxistisch-leninistischen Weg zu bringen. Wir rufen allen Genossen zu, sich energisch allen Ausschlüssen zu widersetzen und zu verhindern, daß weitere wertvolle Genossen aus der Partei austreten und sich von der politischen Arbeit zurückziehen. Im Gedenken an die vielen unserer Genossen, die für unsere Sache ihr Leben gaben, sind wir verpflichtet, nicht aufzugeben, sondern beharrlich für den richtigen Weg des Marxismus-Leninismus zu kämpfen....

Mit revolutionärem Gruß

N.N.

PEKING RUNDSCHAU : Bestellungen erbeten an Postamt WIEN 152, Schließfach 15

Die Ausschlüsse in Steyr

DER AUSSCHLUSSANTRAG GEGEN GENOSSEN KOHLMBERGER

Unter den Steyrer Aktivisten, die der revisionistischen Ausschlußkampagne zum Opfer gefallen sind, befindet sich auch der Genosse Josef Kohlmberger, den wir erst jetzt näher kennenlernen. Für die Aktivität, die er seit vielen Jahren, sogar seit Jahrzehnten bewiesen hat, ist er in den vergangenen Jahren, letztmals im Jänner 1964, ausgezeichnet und geehrt worden. Ohne Abstimmung in der Grundorganisation, einfach auf Grund eines Beschlusses der Bezirksleitung, in der Moser und Tremel dominieren, hat man ihn nun für "ausgeschlossen" erklärt. Unter den Dokumenten, die Genosse Kohlmberger daraufhin der Redaktion der "Roten Fahne" zur Verfügung gestellt hat, befinden sich unter anderem das Diplom "Freund der österreichischen Jugend" für "vorbildliche Hilfe bei der Stärkung der FÖJ", eine Anerkennungsurkunde für 10 Jahre "treue, aktive Mitarbeit als Funktionär des Mieterschutzverbandes" sowie diverse Diplome als Aktivist der Partei und ihrer Presse.

In der auf der Bezirksleitung Steyr durchgeführten "Ausschluß-Sitzung" gegen ihn bekannte sich Genosse Kohlmberger, der mit der "Roten Fahne" vorher nur sympathisierte, zu folgendem richtigen Standpunkt:

"Meine Meinung ist:
1.) Jeder Genosse, von 'oben' bis unten, hat das Recht, von seinen Mitgenossen, 'oben' oder unten, wahrheitsgemäß und allseitig informiert zu werden.
2.) Jeder Genosse, von 'oben' bis unten, hat auch die Pflicht, für wahrheitsgemäße und allseitige Information seiner Mitkämpfer zu sorgen - erst recht, wenn das 'oben' verabsäumt wird.

Wenn sich die führenden Funktionäre, wie es nun seit mehr als einem Jahr geschieht, mit den Statuten bewaffnen und die pflichtbewußten Genossen wegen ihrer Informationstätigkeit als 'Parteifeinde', 'Fraktionisten', 'Spalter' usw. beschuldigen, verleumden und maßregeln, so ist die weitere wahre und allseitige Informationstätigkeit der pflichtbewußten Genossen doppelt notwendig, bleibt sie ein Recht, ist sie parteireinigend und -einigend. Die Desinformation und Maßregelei aber bleibt Unrecht, ist parteispaltend."

Wir haben schon mitgeteilt, daß Genosse Kohlmberger von der Bezirksleitung der KPÖ auch seiner Funktion im Mieterschutzverband enthoben wurde, obwohl dieser Verband überparteilich sein soll. Mehrfache diesbezügliche Proteste des Genossen Kohlmberger blieben bisher unberücksichtigt. Die Opfer sind dabei die 45 Mitglieder des Mieterschutzverbandes, die Genosse Kohlmberger seit Jahren kassiert und betreut hat.

DER AUSSCHLUSSANTRAG GEGEN GENOSSEN JOSEF ROITHINGER

Eines der fünf früheren Mitglieder der Bezirksleitung Steyr, die man erst ihrer Funktionen enthoben und jetzt unter Umgehung der Grundorganisation einem Parteiausschluß-Verfahren unterworfen hat, ist Genosse Sepp Roithinger. Da er schon im Jahr 1930 zum Kommunistischen Jugendverband kam, feiert er heuer sein 35. Jubiläum als kommunistischer Aktivist. Damals in Wien tätig, hat Genosse Roithinger aktiv an den Februarkämpfen teilgenommen und danach in der Illegalität sowie nach der Befreiung in vielen verantwortlichen Parteifunktionen gearbeitet.

Gegen Genossen Roithinger hat das ZK-Mitglied Moser das Ausschlußverfahren mit so besonderer Ambition betrieben, daß dabei auch persönliche Interessen sichtbar wurden, jemand loszuwerden, der allzuviel erzählen könnte. In der Ausschluß-Sitzung der Bezirksleitung machte es sich Moser denn auch sehr einfach. "Bekennst Du Dich zur RF-Fraktion?" fragte Moser, um das "Verfahren" abzukürzen. Als Genosse Roithinger erklärte, daß eine solche Fraktion nicht existiere, machte es Moser noch kürzer: "Aber Du bekennst Dich zu den Ansichten vom Strobl?" Diese Frage bejahte Genosse Roithinger, womit das "Beweisverfahren" für den Ausschluß im Grunde abgeschlossen war. Nach den Auffassungen Mosers und seiner Freunde haben sich die Mitglieder zu den befohlenen Ansichten zu bekennen und die verbotenen abzulehnen, basta.

Als Moser die Aktivisten der "Roten Fahne" als von den "Chinesen" "gekaufte" Elemente bezeichnete, ging Genosse Roithinger unter Verzicht auf eine weitere Diskussion weg. Wir halten das in diesem Fall für richtig. Wir werden die Diskussion auf einem solchen Niveau auch dann nicht führen, wenn ausgerechnet Moser dazu einlädt.

ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "Roten Fahne" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Bewegung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernsten Interessenten die "Rote Fahne" einige Zeit hindurch kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und lückenlose Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement . . . . . . S 65,-
Halbjahresabonnement 35,-

(Postscheckkonto Nr.173.848)

Ein Abonnement gewährleistet außerdem die kostenlose Belieferung mit allen erscheinenden Sondernummern sowie mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der revolutionären Weltbewegung.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l , Wien 15.,Goldschlagstr.30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101